

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 19/84

Berlin

10. Mai 1984

51. Jahrgang

## Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern

*Vom 1. bis 3. Dezember 1983 veranstaltete das DIW zusammen mit dem Arbeitskreis Europäische Integration in Berlin eine wissenschaftliche Tagung zum Wandel im europäischen Verständnis des Nord-Süd-Dialogs und dessen Umsetzung in praktische Politik. Dazu war vielfältiger Anlaß gegeben: der Stillstand im globalen Dialog, die Verschärfung des Problems der absoluten Armut, die Gefahren für den Welthandel aus Wachstumsschwäche, äußerer Verschuldung und Protektionismus sowie schließlich der Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Etats mit Folgen für die Entwicklungshilfe. Spezifisch europäische Ereignisse boten darüber hinaus besonderen Anlaß: einmal die Neuverhandlung des Vertrages von Lomé mit mehr als 60 Staaten in Afrika, in der Karibik und im pazifischen Raum (Lomé III), der die Beziehungen zu dieser Ländergruppe vom März 1985 an auf eine neue Grundlage stellen soll, und zum anderen die geplante Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal, die dazu zwingt, auch das Verhältnis der Gemeinschaft zu den übrigen Mittelmeerstaaten zu überdenken. — Im folgenden wird über die wichtigsten Ergebnisse der Tagung berichtet<sup>1</sup>.*

### EG: Partner ersten Ranges

Die Europäische Gemeinschaft hat im Nord-Süd-Dialog entscheidendes Gewicht. Sie ist der bei weitem bedeutendste Handelspartner der Dritten Welt und — zusammen mit den Leistungen der Mitgliedstaaten — der wichtigste Geber von Entwicklungshilfe. Politisch kann sie im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) als Einheit auftreten. Die Handelspolitik liegt in ihrer ausschließlichen Zuständigkeit. So ist sie eine Adresse ersten Ranges für die Entwicklungsländer in deren Bemühen, sich den Einflußsphären der Großmächte zu entziehen. Doch auch die Gemeinschaft befindet sich im Verhältnis zur Dritten Welt in einer wirtschaftlichen Dominanzposition, die leicht dazu verführt, in den wechselseitigen Beziehungen zu sehr auf den eigenen Vorteil bedacht zu sein, die Hilfe als großzügiges Opfer hinzustellen oder nicht hinreichend sensibel zu sein, wenn es darum geht, die Autonomie der Partner in der

Dritten Welt zu respektieren und Bevormundung zu vermeiden.

Auf der anderen Seite müßte eine Ländergruppierung von der Größe und instrumentellen Ausstattung der EG eigentlich einen guten Rahmen für die Bündelung nationaler Ressourcen im Interesse einer effizienteren Entwicklungshilfepolitik darstellen. In der Tat hat die Gemeinschaft derartige Anstrengungen unternommen. 1971 führte sie — lange vor den USA — in einem globalen Ansatz das System der allgemeinen Zollpräferenzen (APS) ein. Bei allen wichtigen internationalen Konferenzen tritt die Gemeinschaft neben den Vertretungen der Mitgliedstaaten auch in ei-

<sup>1</sup> Die Referate — vgl. dazu die Übersicht im Anhang zu diesem Bericht — sowie Zusammenfassungen der Diskussionen werden im Frühsommer dieses Jahres veröffentlicht in: Fritz Franzmeyer/Hans J. Petersen (Hrsg.), Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern. Sonderhefte des DIW, Nr. 140, 1984.

**Außenhandel der Entwicklungsländer nach wichtigen Ländern bzw. Ländergruppen 1975 und 1982**

	Exporte (fob)				Importe (cif)			
	1975		1982		1975		1982	
	Mrd.US-\$	vH	Mrd.US-\$	vH	Mrd.US-\$	vH	Mrd.US-\$	vH
EG (10)	70,2	30,3	127,7	24,4	70,3	30,8	148,2	26,6
USA	36,6	15,8	86,6	16,5	39,3	17,2	86,5	15,5
übrige Industrieländer	45,8	19,8	102,8	19,6	44,2	19,4	111,6	20,0
Staatshandelsländer <sup>1)</sup>	11,8	5,1	20,4	3,9	11,6	5,1	20,4	3,7
Entwicklungsländer <sup>2)</sup>	57,2	24,7	165,3	31,5	56,7	24,8	165,7	29,7
Welt insgesamt <sup>3)</sup>	231,5	95,7	524,5	95,9	228,4	97,3	557,6	95,5
nachrichtlich:								
Außenhandel <sup>4)</sup> der EG (10)	150,4	100	285,5	100	155,4	100	314,2	100
dar.: Anteil der Entwicklungsländer	-	46,4	-	47,3	-	49,5	-	45,3

1) Ohne China, Rumänien und Ungarn, die in der Abgrenzung des IMF zu den Entwicklungsländern zählen.- 2) Einschließlich China, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Türkei und Ungarn.- 3) Die Anteile bleiben unter 100 vH wegen nicht-aufgliederbarer Handelsströme und Unvollständigkeiten in der Erfassung.- 4) Ohne innergemeinschaftlichen Handel.

Quellen: International Monetary Fund (IMF), Direction of Trade Statistics, Yearbooks 1982 und 1983.

**Die öffentliche Entwicklungshilfe der EG-Länder<sup>1)</sup>  
im Vergleich zu den Leistungen der USA sowie der sonstigen DAC-Länder<sup>2)</sup>**  
Nettoauszahlungen

	Durchschnitt 1971-1973			1980			1982		
	Insgesamt	Multilateral Insgesamt	EG	Insgesamt	Multilateral Insgesamt	EG	Insgesamt	Multilateral Insgesamt	EG
	Mill.US-\$	Anteil in vH		Mill.US-\$	Anteil in vH		Mill.US-\$	Anteil in vH	
Belgien	191	27	13	595	23	15	501	42	17
Bundesrepublik Deutschland	882	27	10	3 567	35	13	3 163	28	12
Dänemark	101	49	1	481	45	7	415	48	7
Frankreich	1 286	13	7	4 162	17	10	4 028	18	9
Großbritannien	648	28	1	1 852	28	15	1 793	48	18
Italien	159	36	28	683	88	27	814	62	21
Niederlande	282	32	9	1 630	25	7	1 474	28	7
EG-Länder <sup>1)</sup>	3 549	24	8	12 970	30	12	12 188	31	12
USA	3 242	18	-	7 138	39	-	8 202	41	-
Sonstige DAC-Länder <sup>2)</sup>	1 825	28	-	7 156	36	-	7 463	29	-

1) Nur die Mitglieder des Development Assistance Committee (DAC) der OECD, d.h. ohne Griechenland, Irland und Luxemburg.-  
2) Australien, Finnland, Japan, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.

Quelle: OECD, development co-operation, 1983 Review.

Präferenzhierarchie der Europäischen Gemeinschaft<sup>1)</sup>

Präferenzbereiche Ländergruppen	Handel		Finanzhilfe	Einseitigkeit der Präferenzen	Sonstige Transfer- leistungen	Industr.-techn. Zusammen- arbeit	Soziale Regelungen
	Landw. Produkte	Gewerbl. Produkte					
AKP-Länder (Lomé II)	++	+++	+	+	STABEX SYSMIN	+	-
Mittelmeerländer							
Assoziierte Länder <sup>2)</sup>	++	+++	+	-	-	+	- außer Türkei
Maghreb <sup>3)</sup> Maschrek <sup>4)</sup>	++	+++	+	+	-	+	Maghreb
Israel	++	+++	+	-	-	-	-
Länder im Genuß der Allgemeinen Präferenzen	+	+	Nichtasso- ziiertenhilfe	+	-	-	-
EFTA-Länder	-	+++	-	-	-	-	-
Länder mit nichtpräfe- rentiellen Handelsabkommen	+	+	je nach Ländergruppe	-	-	abhängig von Einzelabkommen	-
Übrige Länder	-	-	-	-	-	-	-

1) Zahlreiche Sonderfälle (z.B. Jugoslawien, ASEAN-Länder) und zahlreiche Sondervereinbarungen (z.B. Mengenbeschränkungen, Regelungen bei Einzelprodukten) konnten hier nicht weiter berücksichtigt werden.- 2) Türkei, Malta, Zypern.- 3) Algerien, Marokko, Tunesien.- 4) Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien.

Zeichen: + = vorhanden; - = nicht vorhanden. Im Falle von Handelspräferenzen +++ = freier Zugang, ++ = Präferenzen unter Berücksichtigung der EG-Agrarmarktordnungen, + = Präferenzen mit weiteren Beschränkungen.

Quelle: Referat von S. Musto.

gener Sache auf. Bereits vor dem globalen verfolgte die Gemeinschaft einen regionalen entwicklungspolitischen Ansatz. Aus den alten Assoziierungsabkommen von Jaunde und Arusha mit ausschließlich afrikanischen Staaten und Madagaskar entwickelte sie das Abkommen von Lomé mit inzwischen 63 Staaten in Afrika, der Karibik und dem Pazifischen Raum (AKP). Es gewährt mit Ausnahme weniger Agrarprodukte unbegrenzten zollfreien Zugang zum EG-Markt und bildet den Rahmen für Finanzierungen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds sowie für ein System zur Stabilisierung von Exporterlösen bei wichtigen Rohstoffen (STABEX/SYSMIN). Daneben schloß die Gemeinschaft präferentielle Handelsabkommen mit den einzelnen Mittelmeerländern und Kooperations-Rahmenabkommen mit einigen Ländern bzw. Ländergruppierungen außerhalb des Lomé-Vertrages.

**Bisherige Unzulänglichkeiten in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ...**

Gleichwohl räumten der Vertreter der EG-Kommission (*Dieter Frisch*) und die Vertreterin des Europäischen Parlaments (*Katharina Focke*) in ihren auf der Tagung gehaltenen Vorträgen ein, daß es der Gemeinschaft bisher nur sehr begrenzt gelungen ist, die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zu bündeln und im Sinne der Entwicklungspolitik effizienter zum Einsatz zu bringen. Nur etwa ein Zehntel der in der Gemein-

schaft insgesamt aufgebrachten Hilfe wird als supranationale Hilfe geleistet, der Hauptteil unterliegt nationaler Regie, wobei jedes Land seine eigenen Akzente setzt (*Fritz Fischer*, Bonn) und das Interesse an einer hohen nationalen „Rückflußquote“ sogar dazu führt, daß auch entwicklungspolitisch fragwürdige Projekte zum Zuge kommen. Die Gemeinschaft hatte es — aufgrund von Organisationsmängeln und fehlendem Engagement in der EG-Kommission, aber auch von „zufälliger Historizität“ in der regionalen Ausrichtung auf ehemalige Kolonien einiger Mitgliedstaaten — bis vor wenigen Jahren auch nicht vermocht, eine geschlossene entwicklungspolitische Konzeption zu erarbeiten. Trotz integrierender Ansätze in den Lomé-Verträgen waren wie bei allen Entwicklungshilfegebern mehr oder weniger isoliert Einzelprojekte gefördert worden, die sich allzu häufig als Fehlschlag erwiesen, zumindest was die Umsetzung von Erfolgen auf der Mikroebene in gesamtwirtschaftliches Wachstum (*Dietrich Keschull*, Hamburg) betrifft.

**... und in der Handelspolitik**

Auch in der Handelspolitik kam ein entwicklungspolitisches Anliegen nur rudimentär zum Tragen (*Uta Möbius*, Berlin; *Helga Henselder-Barzel*, Bonn): Großzügige Zollbefreiung wurde bei gewerblichen Produkten im Rahmen des APS in der Regel nur dort gewährt, wo nicht mit scharfer Konkurrenz für heimische Er-

Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik Deutschland an multilaterale Stellen 1950 bis 1982

Nettozahlungen in Mill. DM

	1980	1981	1982	1950-1982
<b>Zuschüsse an internationale Organisationen</b>	1 164,0	1 321,1	1 389,2	11 853,0
UN-Stellen und -Fonds	291,6	307,1	357,7	3 247,9
dar.: UNDP	112,0	112,0	114,0	1 357,8
Welternährungsprogramm	40,0	40,3	45,7	469,3
WHO-Malaria-Ausrottung u.a.	20,8	27,2	35,2	207,7
Europäische Gemeinschaft	848,8	986,8	942,1	7 989,6
dar.: Europäischer Entwicklungsfonds	483,7	366,7	421,9	4 563,6
Nahrungsmittelhilfe	237,1	428,7	343,4	2 336,3
Sonstige Einrichtungen	23,6	27,2	89,4	615,5
<b>Kapitalanteile/Subskription</b>	1 079,7	792,2	792,9	9 413,1
Weltbankgruppe	945,8	680,0	715,5	7 988,5
Regionale Entwicklungsbanken	133,9	112,2	77,4	1 424,6
<b>Kredite an die EIB<sup>1)</sup> u.a. internationale Einrichtungen</b>	13,4	5,5	-2,9	398,8
<b>Gesamte multilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit</b>	2 257,1	2 118,8	2 179,2	21 664,9
nachrichtlich:				
in vH der gesamten öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit <sup>2)</sup>	34,9	29,5	28,4	

1) Europäische Investitionsbank.- 2) Auf der Basis der Official Development Aid (ODA). Die jährlichen Schwankungen stehen nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Umfang, in dem die Weltbank DM-Anleihen auflegt.

Quellen: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik - Jahresbericht 1982. Erweiterte Textfassung mit Schaubildern und Tabellen, Bonn 1983, S. 43 (aus dem Referat von F. Fischer).

zeuger gerechnet werden mußte. Überdies ist das APS bürokratisch-unhandlich und ständigen Veränderungen unterworfen. Es stimuliert die EG-Mitgliedstaaten bei der Erfindung immer neuer, subsidiärer Beschränkungen, und es wird in manchen Fällen durch vertragliche Regelungen im Rahmen des Welttextilabkommens unterhöhlt. Insgesamt ist nur etwa ein Drittel der unter das System fallenden Produkte tatsächlich zollbefreit, und die Einfuhr dieser Produkte ist zum Teil langsamer gestiegen als die nicht-präferenzierte Einfuhr von APS-Produkten — Indizien für die bescheidenen Anstoßwirkungen der Vergünstigungen aus Sicht der Entwicklungsländer sowie die relative „Ungefährlichkeit“ des Systems aus EG-Sicht.

Durch das APS ist der regionale entwicklungspolitische Ansatz der Gemeinschaft ausgehöhlt worden, da Einfuhrzugeständnisse an *alle* Entwicklungsländer einer Rücknahme der bisherigen Begünstigung des AKP- und des Mittelmeerraumes gleichkommen. Allerdings entspricht dies in vielen Fällen mehr dem subjektiven Empfinden der Betroffenen als den objek-

tiven Gegebenheiten. So habe das APS zu keiner signifikanten Verdrängung von Anbietern aus den Mittelmeerländern geführt. Verdrängung spiele auch innerhalb des Regionalkonzepts (AKP- versus Mittelmeerländer) keine große Rolle (Stefan A. Musto, Berlin). Offenbar ist der Diskriminierungseffekt des APS insgesamt gering, die Anbieterposition der AKP-Staaten allzu schwach. Unabhängig sowohl vom Globalkonzept als auch von der relativen Position innerhalb des Regionalkonzeptes wird aber die Begünstigung eines Landes durch die Gemeinschaft immer dann deutlich zurückgenommen, wenn es — und sei es in einem marginalen Wirtschaftszweig — wettbewerbsfähig geworden ist. Beste Beispiele dafür sind die quantitativen Einfuhrbeschränkungen bei bestimmten Bekleidungsprodukten aus dem AKP-Staat Mauritius sowie die Beschränkungen von Textil- und Bekleidungsimporten gegenüber Mittelmeerländern. Entscheidend ist das erhöhte, EG-interne Schutzbedürfnis in den „sensiblen“ Verarbeitungsindustrien. Auf landwirtschaftlichem Gebiet kommt der Ausbau von Marktordnungen für „Südprodukte“ hinzu, teils nach der Er-

**Agrarhandel der Europäischen Gemeinschaft (EG-9)  
mit Drittländern nach Produktgruppen**  
Salden in Mill. ECU zu jeweiligen Preisen<sup>1)</sup>

Produktgruppe	Handel mit Drittländern		davon: mit Entwicklungsländern	
	1975	1981	1975	1981
<b>Abschöpfungspflichtige Produkte</b>				
Lebende Tiere	-205,3	12,1	40,3	325,3
Fleisch u. -erzeugnisse	-501,0	58,9	-45,0	314,2
Milcherzeugnisse	623,4	3 122,9	630,1	2 815,6
Eier	12,2	104,2	13,4	87,8
Getreide u. -erzeugnisse	-1 738,2	1 429,8	847,1	2 104,5
Zucker u. -waren	-647,1	1 615,8	-802,1	878,3
<b>Zusammen</b>	<b>-2 455,1</b>	<b>6 343,7</b>	<b>683,8</b>	<b>6 525,7</b>
<b>Nicht-abschöpfungspflichtige Produkte</b>				
Fisch u. -waren	-571,4	-1 424,0	-193,7	-555,6
Obst u. -erzeugnisse	-2 244,8	-3 991,5	-1 034,5	-1 912,6
Gemüse u. -erzeugnisse	-802,3	-1 606,2	-531,7	-1 033,6
Kaffee, Tee, Kakao u. Gewürze	-2 005,0	-4 583,8	-2 225,9	-5 028,6
Futtermittel	-232,0	-475,9	-119,3	-116,5
Nahrungsm.-Zubereitung	208,2	680,9	176,2	469,8
Getränke	967,7	2 675,9	294,3	855,2
Tabak u. -waren	-591,5	-653,9	-207,1	-246,9
Ölsaaten	-2 084,1	-3 593,2	-784,7	-450,5
Ölkuchen u. -mehle	-807,2	-2 514,1	-457,7	-1 769,9
Tierische Öle u. Fette	-157,6	-328,4	-25,1	-0,9
Pflanzl. Öle u. Fette	-521,0	-594,3	-442,1	-755,0
Verarb. Öle u. Fette	44,5	117,7	27,4	56,1
<b>Zusammen</b>	<b>-8 796,5</b>	<b>-16 290,8</b>	<b>-5 523,9</b>	<b>-10 338,9</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>-11 251,6</b>	<b>-9 947,1</b>	<b>-4 840,1</b>	<b>-3 813,2</b>

1) Defizit: - .

Quelle: Ahrens, H. und Weinmüller, E.: Agrarhandel der Europäischen Gemeinschaft - Statistische Datensammlung - Band I (Importe 1975) bis Band XVI (Exporte 1981). Hektographiert, Freising-Weihenstephan 1982 (aus dem Referat von W. von Urff).

weiterung um Griechenland, teils im Vorgriff auf die Erweiterung um Spanien und Portugal. Der Beitritt Spaniens und Portugals dürfte auch unabhängig von der Weiterentwicklung der Marktordnungen die schärfsten Exportausfälle für die nicht der Gemeinschaft angehörenden Mittelmeerländer mit sich bringen und zugleich den Spielraum für eine Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländergruppierungen drastisch einengen.

Bei Agrarerzeugnissen der gemäßigten Klimazone, für die hohe EG-interne Preise und Überproduktion charakteristisch sind, behindert die Gemeinschaft schließlich nicht nur die Einfuhren aus Entwicklungsländern, sondern sie wird mit eigenen Exporten als Folge massiver Subventionierung geradezu zum Störenfried auf Drittmärkten, wo sie die Anbieterposition der Entwicklungsländer schwächt. Daß die EG seit 1975 gerade bei Milcherzeugnissen, Getreide und Zucker, aber auch bei Fleisch und lebenden Tieren entgegen der Logik kostenorientierter internationaler Arbeitsteilung zu einem bedeutenden Nettoexporteur geworden ist, belegt (so *Winfried von Urff*, München) die geringe Tragfähigkeit der Behauptung, die zunehmenden Einfuhrüberschüsse der Gemeinschaft bei Agrarprodukten insgesamt seien ein Beweis für die Weltoffenheit der EG-Handelspolitik in der Landwirtschaft. Auch soweit die Überschüsse nicht vermarktet wurden, sondern als Nahrungsmittelhilfe ein Element der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe wa-

**Handel der Europäischen Gemeinschaft (EG-9) mit Agrarprodukten**  
in Mill. ECU zu jeweiligen Preisen

Ländergruppe	1975			1981			Veränderungen in vH	
	Importe	Exporte	Saldo	Importe	Exporte	Saldo	Importe	Exporte
<b>Alle Produkte</b>								
Mitgliedsländer	17 137,4	17 633,7	-	36 417,2	37 237,2	-	+112,5	+111,7
Drittländer	19 137,3	7 885,7	-11 251,6	32 767,6	22 820,5	-9 947,1	+71,2	+189,4
davon								
- Entwicklungsländer	8 532,2	3 692,1	-4 840,1	15 656,8	11 843,6	-3 813,2	+83,5	+220,8
- Industrieländer	9 366,3	3 717,7	-5 648,6	15 426,2	7 637,5	-7 788,7	+64,7	+105,4
- Staatshandelsländer	1 216,5	448,4	-768,1	1 702,1	3 339,9	+1 637,8	+39,9	+644,4
<b>Abschöpfungspflichtige Produkte</b>								
Mitgliedsländer	9 803,7	10 392,7	-	19 431,4	20 095,2	-	+98,2	+93,4
Drittländer	6 436,2	3 981,1	-2 455,1	6 904,5	13 248,2	+6 343,7	+7,3	+232,8
davon								
- Entwicklungsländer	1 701,2	2 385,0	+683,8	1 738,3	8 264,0	+6 525,7	+2,2	+246,5
- Industrieländer	4 059,9	1 346,3	-2 713,6	4 371,7	2 454,3	-1 917,4	+7,8	+82,3
- Staatshandelsländer	663,4	237,5	-425,9	794,3	2 530,0	+1 735,7	+19,7	+965,3
<b>Nicht-abschöpfungspflichtige Produkte</b>								
Mitgliedsländer	7 333,7	7 241,0	-	16 985,8	17 142,0	-	+131,6	136,7
Drittländer	12 701,1	3 904,6	-8 796,5	25 863,1	9 572,3	-16 290,8	+103,6	+145,3
davon								
- Entwicklungsländer	6 831,0	1 307,1	-5 523,9	13 918,5	3 579,6	-10 338,5	+103,8	+173,9
- Industrieländer	5 306,4	2 371,4	-2 935,0	11 054,5	5 183,2	-5 871,3	+108,3	+118,6
- Staatshandelsländer	553,1	210,9	-342,2	907,8	809,6	-98,2	+64,1	+283,9

Quelle: Ahrens, H. und Weinmüller, E.: Agrarhandel der Europäischen Gemeinschaft - Statistische Datensammlung - Band I (Importe 1975) bis Band XVI (Exporte 1981). Hektographiert, Freising-Weihenstephan 1982 (aus dem Referat von W. von Urff).

ren, wirkten sie sich z.T. negativ aus, indem sie Ernährungsgewohnheiten zerstörten und die Eigenproduktion lähmten.

Selbst bei dem Paradeferd des Lomé-Abkommens, der Erlösstabilisierung, mit der die EG in der Tat ein originäres entwicklungspolitisches Instrument geschaffen hat, waren in den letzten Jahren erhebliche Rückschläge hinzunehmen. Sie traten als starke Überforderung des vorgesehenen Finanzrahmens in einer Zeit des Absatzrückgangs und Preisverfalls in Erscheinung. Dahinter verbirgt sich jedoch mehr als nur ein kurzfristiges Finanzierungsproblem. Einmal besteht die Gefahr der Strukturkonservierung und damit letztlich einer entwicklungshemmenden Wirkung des Systems; es beseitigt, so wie es konstruiert ist, nicht die Ursachen der instabilen Erlösentwicklung (*Kebschull, Frisch*). Zum anderen sind in ihm Stabilisierungsziele und Verteilungsziele insofern vermischt (*Kebschull*), als für die ärmsten Teilnehmerstaaten günstigere Bedingungen im Hinblick auf die Auslöseschwelle beim Erlöseinbruch und die Höhe der Erstattungen gelten. So konnte der Fonds weder seine Stabilisierungsaufgabe voll erfüllen, noch den Ärmsten ihre Lage entscheidend erleichtern.

### Die neuen Akzente

In Anbetracht der Enttäuschungen sowohl der Dritten Welt als auch der Gemeinschaft selbst über das geringe Maß an Erfolg in der gemeinsamen Entwicklungspolitik wurde eine Neubesinnung überfällig. Sie kam bereits in den siebziger Jahren in Gang, wurde zunächst durch wichtige Anstöße des Europäischen Parlaments, u.a. zur Bekämpfung des Hungers in der Welt und zur Neuverhandlung des Lomé-Abkommens, geprägt und erreichte mit dem entwicklungspolitischen (Pisani-)Memorandum der EG-Kommission vom September 1983 einen vorläufigen Höhepunkt. Sie ist mit den derzeit laufenden AKP-Verhandlungen in eine kritischen Bewährungsphase eingetreten. Es entspricht dabei dem Selbstverständnis der maßgeblich beteiligten EG-Organe und der delikaten Machtkonstellation im institutionellen EG-Gefüge, wenn sowohl das Europäische Parlament als auch die EG-Kommission jeweils für sich die Rolle der treibenden Kraft in Anspruch nehmen. Für den Beobachter interessant ist primär, welche Akzente gesetzt werden. Zusammenfassen lassen sie sich im Inhaltlichen unter den Stichworten Ernährungssicherung, autonome Entwicklung, Förderung kleiner Gewerbebetriebe, Ausbildung und Forschung; im Methodischen unter den Stichworten politischer Ziel-Mittel-Dialog, konzeptionelle Bündelung von Einzelaktivitäten, entwicklungspolitische Kohärenz verschiedener Politikbereiche, Koordinierung bilateraler, supranationaler und

multilateraler Zusammenarbeit, Straffung und effizientere Gestaltung der entwicklungsbezogenen Bürokratien auf beiden Seiten.

Zwar bringt dieser Katalog durchaus keine grundlegend neuen Elemente in die internationale entwicklungspolitische Diskussion ein. Neu ist aber zweifellos das konkrete Bemühen der Gemeinschaft um Umsetzung in praktische Politik. Die EG-Kommission *ist* heute personell besser besetzt und effizienter organisiert als zuvor, und sie *hat* ein Konzept zur Verfügung. Das Parlament *praktiziert* in den gemeinsamen parlamentarischen Gremien EG-AKP den politischen Dialog und erschließt damit ein bisher brachliegendes konzeptionelles Potential in den Partnerländern selbst, das direkt in die gemeinsamen Empfehlungen einfließt. Vor allem mit Mali — und in vorerst loserer Form mit drei weiteren afrikanischen Ländern — wird die Zusammenarbeit zur Sicherung der Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln erprobt. Sie basiert auf einer Preispolitik, die den Erzeugern Produktionsanreize bietet, auf einer Kredit- und Vorratspolitik, die den Ausgleich örtlicher Mangel-/Überschußlagen gestattet und auf einer Flankierung durch Nahrungsmittelhilfe, die die ärmsten, ohnehin nicht mit Kaufkraft ausgestatteten Bevölkerungsschichten erreicht, die Märkte also nicht stört und der Regierung den Verzicht auf eine — kontraproduktive — Niedrigpreispolitik erlaubt (*von Urff*). Dabei ist es erklärtes Anliegen von Kommission und Parlament, die durch Eigenerfolge „überflüssig“ werdende Hilfe nicht alsbald zu streichen — und damit die Länder für ihre Erfolge zu bestrafen —, sondern für alternative Vorhaben im Lande einzusetzen. Zudem sind, u.a. auf den Gebieten Technologie und Saatgutentwicklung, Forschungsprogramme „vor Ort“ vorgesehen, die die jeweiligen Gegebenheiten berücksichtigen, die landeseigenen Forscher einbeziehen und nicht lediglich eine problemferne Beschäftigungstherapie für die Universitäten in den EG-Mitgliedstaaten darstellen (*Focke*).

### Bewährung steht noch aus

Alle Tagungsteilnehmer waren sich indessen bewußt, daß der Erfolg der neuen Politik noch keineswegs gesichert ist. Das gilt selbst für Mali, wo das Experiment am weitesten fortgeschritten ist. Es muß erst noch bewiesen werden, daß „politischer Dialog“, „Ernährungsstrategie“, „Eigenanstrengungen“ und „autonome Entwicklung“ nicht lediglich kurzlebige Schlagworte in einer im übrigen weiterhin durch dominantes Eigeninteresse der Geber gekennzeichneten entwicklungstheoretischen wie politischen Diskussion sind.

Die Anfälligkeit des neuen Konzepts wird an mehreren Stellen deutlich. Sie betrifft zuallererst den Bei-

Entwicklungshilfe der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen des Lomé-Abkommens nach einzelnen Formen<sup>1)</sup>  
in Mill. ECU

	Vergabe durch die EIB			Vergabe durch die Kommission		
	Darlehen aus eigenen Mitteln der EIB	Finanzierungen mit haftendem Kapital	Zuschüsse für Zinsvergütungen für EIB-Darlehen	Sonstige Zuschüsse	Darlehen zu Sonderbedingungen	Stabilisierung der Exporterlöse (STABEX)
Lomé I	400	101	100	2 085	474	400
Lomé II <sup>2)</sup>	700 + 200 <sup>3)</sup>	291	175	2 862	545	566
						Besondere Fazilität für Bergbauerzeugnisse (SYSMIN) 282

- 1) Die Beträge umfassen auch die Finanzhilfe, die im Rahmen der betreffenden Beschlüsse des Rates der Europäischen Gemeinschaften über die Überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG) vorgesehen ist.
- 2) Diese Beträge umfassen nicht die Kosten für die Gemeinschaftsdelegationen in den AKP-Staaten, die aus Haushaltsmitteln gedeckt werden.
- 3) In einer Erklärung im Anhang zum Zweiten Abkommen von Lomé vorgesehene Möglichkeit der Gewährung von Darlehen aus eigenen Mitteln der Bank bis zu einer Höhe von 200 Mill. ECU für Investitionsvorhaben in den Bereichen Bergbau und Energiewirtschaft, die von beiderseitigem Interesse für den betreffenden AKP-Staat und die Gemeinschaft sind.

Quelle: Europäische Investitionsbank (EIB), 25 Jahre, 1958-1983, Luxemburg 1983, S. 80 (aus dem Referat von D. Keschull).

trag, den die Gemeinschaft einbringen kann. Die Bündelung der Ressourcen ist keineswegs in Sicht, und die zur Verfügung stehenden Mittel sind noch sehr knapp. So wird etwa die Bundesregierung kaum bereit sein, einen größeren Teil ihrer Hilfe über die Gemeinschaft zu kanalisieren (*Fischer*); dies dürfte auch für andere Mitgliedstaaten gelten. Die multilateralen Geber konnten ihm Rahmen des Dialogs mit den vier afrikanischen Ländern bisher nur sporadisch für ein konkretes Engagement gewonnen werden. Auf dem Symposium wurde sogar die Meinung vertreten, überstaatliche Koordinierung und Ressourcenbündelung hätten auch ihre fragwürdigen Seiten, da erst ein „Wettbewerb der Konzepte“ die Gewähr biete, zu sachgerechten Lösungen zu finden. Zudem steht die Gemeinschaft unter einem Rechtfertigungszwang. Sie muß den Verdacht entkräften, daß ihr auf mehr Effektivität zielender neuer Ansatz nicht lediglich ein Alibi für geringere Zahlungsbereitschaft ist. Dieser Verdacht wäre etwa dann manifest, wenn in den neu angelaufenen Lomé-Verhandlungen „die Finanzierungsfrage viel zu früh gestellt“ würde (*Focke*), und in

der Tat hat der seitherige Verlauf der Verhandlungen gezeigt, daß die AKP-Staaten die finanzielle Ausstattung des STABEX-Systems und des Europäischen Entwicklungsfonds zu einem zentralen Anliegen machen.

Auch dem Begriff des „politischen Dialogs“ wird nicht ohne Argwohn begegnet. Er impliziert zwar den Anspruch partnerschaftlichen Vorgehens, spart aber die Politikgestaltung auf Seiten der EG weitgehend aus. Ein Dialog, der diesen Namen verdient, müßte sich auf auch EG-interne Politikbereiche erstrecken, soweit sie starke Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zur Dritten Welt haben. Es ist jedoch kaum vorstellbar, daß die EG unter Aufgabe ihrer Marktordnungen den Agrarhandel mit Entwicklungsländern liberalisiert. Der Begriff suggeriert eine stärkere Beteiligung der Entwicklungsländer; in Wirklichkeit ist die Sachlage aber hier besonders delikate: Es war vielfach gerade das unkritische Eingehen der Geber auch auf fragwürdige Projektanträge — bedingt durch den scharfen Lieferwettbewerb —, der die konzeptionellen Mängel begründet hatte. Nun sollen

die Entwicklungsländer erst einmal von der Richtigkeit wesentlicher Vorstellungen der Geberseite überzeugt werden, ehe die Gemeinschaft zur Finanzierung von Programmen bereit ist. Es birgt erheblichen Konfliktstoff in sich, daß das neue Konzept vielfach nicht ohne Druck vermittelt werden kann, daß aber die Gemeinschaft, um nicht von vornherein die Gesprächsbereitschaft der AKP-Länder zu verschütten, jede Gelegenheit nutzen muß, um deren Entscheidungsautonomie zu betonen.

Überdies ist die Anfälligkeit des neuen Konzepts in den Risiken auf Seiten der AKP-Staaten begründet. „Bürokratische Entwicklungsgesellschaften“ (*Hartmut Eisenhans*, Konstanz) hätten oft weder ein Interesse an den notwendigen gesellschaftlichen Reformen noch an der Umstrukturierung ihrer Produktionsapparate auf Massenkonsum, noch am Aufbau einer eigenen technologischen Basis. Hier müßten die Industrieländer ihre Hilfe offen und hart an das Zugeständnis gesellschaftspolitischer Reformen binden, um zu verhindern, daß der Ressourcentransfer den Eliten hilft, von den Widersprüchen auf ihrem Entwicklungsweg abzulenken.

#### **Konfliktentschärfung durch mehr Süd-Süd-Handel?**

Bei allen Zweifeln an der terminologischen und prozeduralen Redlichkeit herrschte unter den Tagungsteilnehmern doch weitgehend Einigkeit im Hinblick auf die wichtigsten inhaltlichen Prioritäten: mehr eigenständige Entwicklung, Betonung der ländlichen Entwicklung sowie Intensivierung des Süd-Süd-Handels. Zu diesem Postulat einer engeren Verflechtung der Entwicklungsländer untereinander gelangten die Referenten durchaus von unterschiedlichen Standorten her. Einmal liege darin — außer in höherem Ressourcentransfer über verbesserte Rohstoff-Terms of Trade oder über direkte Zahlungen — eine Kompensationsmöglichkeit für die Abschottungspolitik in den alten Industrieländern, die diesen zur „Rückgewinnung von wirtschaftspolitischer Autonomie“ durch die inferiore „Industriekultur“, sprich günstigere Arbeitskostenlage, in den Schwellenländern aufgezwungen worden sei (*Wolfgang Hager*, Florenz). Zum anderen kann der Süd-Süd-Handel als notwendiges Element einer anzustrebenden globalen „Wachstumsgemeinschaft“ (*Eisenhans*) gesehen werden: Nur der Süd-Süd-Handel mit seinem — im Vergleich zum Handel mit den westlichen Industrieländern — reduzier-

ten Anspruchsstandard könne für die Dritte Welt die Basis für eigene technologische Entwicklungen und damit für die Entfaltung und Bedienung von Massennachfrage schaffen. An eine Entwicklung des intraregionalen Handels speziell im Mittelmeerraum knüpft sich die Hoffnung, daß so auch die politische Fragmentierung der Region überwunden, ihr großes ökonomisches Potential erschlossen und der von den Mittelmeerländern erwartbare Beitrag zur Wiedererlangung von mehr Spielraum in den sich verengenden Beziehungen zur Gemeinschaft geleistet werden könne — wozu freilich auch die EG durch innere Reformen das Ihre tun müsse (*Musto*). Die Werbung der Vertreter der Gemeinschaftsorgane für mehr Süd-Süd-Handel schließlich dürfte als Suche nach politischer Konfliktminimierung zu verstehen sein: Sie sehen darin teils ein Element der „collective self-reliance“, teils eine Möglichkeit, die handelspolitischen Spannungen zwischen der Gemeinschaft und den Entwicklungsländern abzubauen.

Im Prinzip ist die Intensivierung des Süd-Süd-Handels dasjenige unter den entwicklungspolitischen Zielen, das die Entwicklungsländer noch am ehesten aus eigener Kraft erreichen können. In der politischen Praxis sind aber die Hürden hier vielleicht noch höher als beim Abbau des neuen Protektionismus der Industrieländer: Politische Gegensätze, Desinteresse von stark im Außenhandel engagierten Eliten, hoher Außenschutz gegenüber substitutiven Produkten anderer Entwicklungsländer und Eifersüchtelei bei der Industrieansiedlung angesichts noch geringen Marktpotentials. Aktionsspielraum scheint auf Seiten der EG zu bestehen, wenn auch bei allem Elan in der entwicklungspolitischen Neuorientierung Rückschläge nicht auszuschließen sind. Die Gemeinschaft wird ohne neue handelspolitische, aber auch vermehrte finanzielle Impulse ihr Verhältnis zu den Entwicklungsländern nicht entscheidend und auf Dauer verbessern können. Solche Impulse setzen innere Reformen und eine stärkere Bündelung der einzelstaatlichen Energien voraus. Letztere müßte nicht notwendigerweise in die Vergemeinschaftung *aller* entwicklungspolitischen Aktivitäten der Mitgliedstaaten münden, wie sie vom Europäischen Parlament in seinem Vorentwurf für die Verfassung einer „Europäischen Union“ gefordert wird. Mehr Koordination und Kohärenz der einzelstaatlichen Wege wäre schon ein wichtiger Schritt nach vorn. Er setzt die Überwindung vordergründigen Interessendenkens voraus.

## Übersicht über den Tagungsablauf

Dr. *Dieter Frisch*, Generaldirektor für Entwicklung in der EG-Kommission, Brüssel:

„Die entwicklungspolitische Konzeption der Gemeinschaft“

Dr. *Katharina Focke* MdEP, Sozialistische Fraktion, Mitglied des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit im Europäischen Parlament, Luxemburg:

„Reformbedarf und Anregungen aus der Sicht des Europäischen Parlaments“

Dipl.-Volkswirtin *Uta Möbius*, Forschungsgruppe Entwicklungsländer im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin:

„Marktöffnungsstrategien: Globale und selektive Präferenzen sowie sonstige Formen der Handelsförderung“

Dr. *Helga Henselder-Barzel*, Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V., Kontaktstelle zur Einfuhrförderung aus Entwicklungsländern, Bonn:

„Handelsrestringierende Praktiken der EG gegenüber Entwicklungsländern“

Prof. Dr. *Wolfgang Hager*, Europäisches Hochschulinstitut Florenz, Abteilung Wirtschaftswissenschaften:

„Zur Rationalität von Abkopplungsstrategien aus westlicher Sicht“

Prof. Dr. *Hartmut Eisenhans*, Universität Konstanz, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Fachgruppe Politikwissenschaft/Verwaltungswissenschaft:

„Abkopplungsmodelle: Südliche Sichtweisen“

MinDirig. Dr. *Fritz Fischer*, Leiter der Unterabteilung 31 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusam-

menarbeit, Bonn, und seinerzeit Persönlicher Mitarbeiter des Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission, Willy Brandt:

„Die EG-Entwicklungshilfe im System der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit“

Prof. Dr. *Winfried von Urff*, Technische Universität München, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Freising-Weihenstephan, Lehrstuhl für Agrarpolitik:

„Entwicklungspolitische Problematik des EG-Agrarhandels und der Nahrungsmittelhilfe“

Dr. *Dietrich Kepschull*, Leiter der Forschungsabteilung Entwicklungsländer und Nord-Süd-Beziehungen im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim BMZ:

„Erfahrungen und Reformbedarf im Rahmen der Lomé-Kooperation (Europäischer Entwicklungsfonds, STABEX/SYSMIN, Industrielle Kooperation)“

Prof. Dr. *Stefan A. Musto*, Leiter der Abteilung Europäische Entwicklungspolitik, regionaler Schwerpunkt: Europa, Mittelmeerraum, am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Berlin, und Professor an der Technischen Universität Berlin, Fachbereich 2, Gesellschafts- und Planungswissenschaften, Institut für Soziologie:

„Kooperationspotential der Europäischen Gemeinschaft mit Entwicklungsländern, insbesondere den Mittelmeerländern“

## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 59 **Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials.** Von Manfred Melzer. 250 S. 1980. DM 124,—.
- Heft 60 **Die Bedeutung des strukturellen Wandels für die Beschäftigung.** Input-Output-Analysen der Beschäftigungswirkungen von Strukturveränderungen der Nachfrage 1962 bis 1976. Von Jochen Schmidt, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels. 69 S. DM 36,80.
- Heft 61 **Abschwächung der Wachstumsimpulse.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. 288 S. 1981. DM 58,—.
- Heft 62 **Berechnung des industriellen Brutto-Anlagevermögens in den EG-Ländern unter Anwendung einheitlicher Definitionen, Abgrenzungen und Verfahren.** Von Bernhard Seidel unter Mitarbeit von Inge Schweiger. 363 S. 1981. DM 156,80.
- Heft 63 **Triangulation und Blocktriangulation von Input-Output-Tabellen und ihre Bedeutung.** Von Hans Wessels. 124 S. 1981. DM 86,—.
- Heft 64 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.** Von Bernd Bartholmai, Herwig Birg, Wolfgang Erfeld, Nikolai Lutzky, Horst Mentrup, Friedhelm Plogmann, Hans Joachim Schalk. Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 65 **Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (Berlin FG).** Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung. Von Peter Ring. 276 S. 1981. DM 64,—.
- Heft 66 **Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft.** Eine vergleichende Analyse für sechs EG-Länder anhand aktueller Import- und Exportströme im Handel mit Industrieprodukten. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Karin Hollmann. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 67 **Tarifpolitik und europäische Integration.** Von Bernhard Seidel. 176 S. 1981. DM 110,—.
- Heft 68 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.** Von Henryk Bolik, Dieter Hölsken, Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld, Norman Treinies, Dieter Wilken. Koordination: Heinz Enderlein und Hartmut Kuhfeld. 226 S. 1981. DM 112,—.
- Heft 69 **Staatliche Einflußnahme auf die Baunachfrage** — Eine Analyse für die Jahre 1965 bis 1980. Von Dieter Vesper. 262 S. 1981. DM 89,60.
- Heft 70 **Analyse und Projektion der Personenverkehrsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Rainer Hopf, Heilwig Rieke und Ulrich Voigt. 167 S. 1982. DM 98,—.
- Heft 71 **Das Sachvermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Görzig. 101 S. 1982. DM 38,—.
- Heft 72 **Zur Umstellung des internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel.** Methode zur Umgruppierung vorhandener Datenbestände von der älteren Systematik der UN (SITC, Revised) auf die neue Systematik (SITC, Revision 2). Von Hans Martin Duseberg. 67 S. 1982. DM 36,—.
- Heft 73 **Zeitlicher Zusammenhang zwischen Hochbaugenehmigungen und Auftragseingängen im Konjunkturverlauf.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener. 170 S. 1983. DM 98,—.
- Heft 74 **Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten — ein Vergleich.** Von Manfred Melzer unter Mitarbeit von Wolfgang Steinbeck. 220 S. 1983. DM 142,—.
- Heft 75 **Budgetpolitik Österreichs im internationalen Vergleich.** Von Manfred Teschner und Dieter Vesper. 115 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 76 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West).** Eine Repräsentativerhebung für die Jahre 1977 — 1981. Von Kurt Hornschild. 161 S. 1983. DM 56,—.
- Heft 77 **Die Entwicklung des Personenverkehrs in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Hartmut Kuhfeld und Joachim Niklas unter Mitarbeit von Jutta Kloas. 156 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 78 **Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland — Entwicklung, Handel, Politik** —. Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Peter Hrubesch, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 333 S. 1984. DM 88,—.
- Heft 79 **Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1983. 230 S. 1984. DM 68,—.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer • 880 \*

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp  
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,  
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

*Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.* Bearbeitet von Fritz Franzmeyer. —

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.